

III. KONFERENZ DER IKÖ
=====

Anfang Juli fand die III. Konferenz der IKÖ statt. Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte:

1. Bericht über die Tätigkeit der L.
2. Die jugoslawische Frage
3. Bericht über die Lage der Internationale sowie über die internationalen Perspektiven und den Kurs der IV. Internationale.
4. Die Lage und unsere Aufgaben
5. Neuwahl der L.

Anschließend veröffentlichen wir die wichtigsten Resolutionen, die alle auf der Konferenz einstimmig beschlossen wurden.

DIE LAGE UND UNSERE AUFGABEN
=====

(Resolution der III. Konferenz der IKÖ, Anfang Juli 1951)

I. Die wirtschaftliche und politische Lage

1. Seit unserer II. Konferenz hat sich die Weltlage auf wichtigen Gebieten geändert; wir nennen das Fortschreiten der kolonialrevolutionären Bewegung in Asien, die Verschärfung des "kalten Krieges" zwischen den USA und der SU, den Ausbruch des Krieges in Korea, das beschleunigte internationale Wettrüsten, das Fortschwellen der unterirdischen Krise im Lager des Stalinismus. In den USA konnte der hohe Produktionsindex

aufrechterhalten und durch den forcierten Übergang zu einer neuen Aufrüstung sogar noch leicht gesteigert werden. Die dem zugrunde liegende Politik des USA-Imperialismus läßt nur einen Schluß zu: die führenden kapitalistischen Schichten sind entschlossen, lieber einen dritten Weltkrieg als nochmals einen krisenhaften Zusammenbruch der Wirtschaft zu riskieren. Gleichgeblieben ist auch die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft in Europa vom amerikanischen Kapitalismus; sie kann ohne dessen Unterstützung noch immer nicht auf eigenen Beinen stehen. Die USA nützen die Abhängigkeit dieser Länder aus, reißen immer mehr die wirtschaftliche und politische Kontrolle über sie an sich und fügen sie dem gegen die SU gerichteten militärisch-strategischen System des "Atlantikpakt" ein. Gleichgeblieben ist sich auch die totalitäre Diktatur der Sowjetbürokratie und mit ihr die Tendenz des Kreml zur fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Assimilation der zum sowjetischen Glacis gehörenden Länder an die SU.

2. Sehen wir von den kolonialrevolutionären Kämpfen in Südostasien ab, in die tatsächlich viele Millionen hineingezogen sind und deren Ausstrahlungen bis in den mittleren Osten gehen (Persien, arabische Länder), so stagniert der Klassenkampf in den beiden anderen Zentren der internationalen Revolution - in Europa und Nordamerika - wenn auch aus verschiedenen Gründen. Das junge nordamerikanische Proletariat hat bis jetzt kein anderes Bewußtsein als ein "gewerkschaftliches" entwickelt; seine Kämpfe, in den ersten Nachkriegsjahren zeitweilig von bedeutendem Umfang, waren im wesentlichen gewerkschaftlicher Natur. Die langanhaltende Prosperität hat sogar diese Kämpfe versanden lassen. Ein neuer Aufschwung der Massenkämpfe von bisher nie gekannter Intensität ist jedoch beim Ausbruch einer neuen Krise der kapitalistischen Wirtschaft der USA ebenso unvermeidlich wie diese Krise selbst, die zwar durch Aufrüstung und Krieg hinausgeschoben, aber nicht vermeidbar gemacht werden kann. Als günstige Faktoren für die Zukunft kommen hinzu, daß das amerikanische Proletariat weder von einer Sozialdemokratie noch vom Stalinismus infiziert worden ist und daß in den USA eine verhältnismäßig stabile Sektion der IV. Internationale existiert. Die Stagnation des Klassenkampfes in Europa hat andere Ursachen. Das Proletariat hat immer noch nicht die Auswirkungen seiner großen historischen Niederlage - die in der Katastrophe der deutschen Arbeiterklasse und dem zeitweiligen Sieg des Faschismus in Europa gegipfelt hat - überwunden; SP und Stalinismus sind Infektionsquellen, die immer noch das Proletariat lähmen. Die trotz einer unzweifelhaften Verschiebung nach rechts vorhandene Labilität des kapitalistischen Regimes in den wichtigsten Ländern Europas (Frankreich, Italien, Westdeutschland) hat ihre Ursache vor allem in der ökonomischen Anfälligkeit dieser Länder, die nicht zum geringsten Teil ihre Ursache in dem durch die antiimperialistischen Massenkämpfe wankend gewordenen Kolonialregimes hat. Aus dem ergibt sich: Wir haben keine längere Periode einer trotz aller Gegensätze "friedlichen" Entwicklung vor uns. In den kapitalistischen Ländern Europas geht die Entwicklung, trotzdem das Proletariat noch keine entscheidende Niederlage erlitten hat, über verschiedene Zwischenetappen und Umwege nach rechts. In den Ländern der sowjetischen Einflußsphäre ist das totalitäre Diktaturen unterworfenen Proletariat atomisiert.

3. In Österreich überschneidet sich die imperialistische mit der sowjetischen Einflußsphäre. Diese Überschneidung führt dazu, daß sich entgegengesetzte Einflüsse oft parallelisieren und damit dem sozialen und politischen Regime Österreichs den Anschein einer gewissen Stabilität geben. Dennoch ist der Einfluß der internationalen Faktoren auf Wirtschaft und Politik stark und bestimmt letzten Endes das Schicksal dieses Landes. Der "kalte Krieg" der Großmächte hat es mit sich gebracht, daß Österreich im sechsten Jahr nach Kriegsschluß noch immer besetzt ist. Die Auswirkungen des Besatzungsregimes auf den Klassenkampf können nicht überschätzt werden. Jede Zuspitzung der Beziehungen zwischen den Groß-

mächten bringt Österreich der Gefahr der Zerreißung näher, die zumindest für den Osten des Landes gleichbedeutend mit der Aufrichtung einer volksdemokratischen Diktatur ist.

4. Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft Österreichs hat in den beiden letzten Jahren weitere Fortschritte gemacht. Setzen wir den Produktionsindex des Jahres 1937 gleich 100, so erhöhte er sich 1949 auf 120 und 1950 auf 142 mit einem vorläufigen Höhepunkt von 163 im November 1950. Schwer-, Chemische und Elektroindustrie lagen über, Papier-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie unter dem Durchschnitt. Der Produktivitätsindex, der 1948 65.5 (1937 = 100) betrug, hat im November 1950 den Vorkriegsstand erreicht. Die Landwirtschaft hat noch nicht die Produktionsleistung von 1937 erreicht. Die Kehrseite der industriellen Produktionssteigerung ist das Entstehen einer strukturellen Arbeitslosigkeit. Im Winter 1950/51 betrug sie, saisonbedingt verstärkt, 220.000.

Die Disproportionen und Gegensätze sind nicht nur innerhalb der österreichischen Wirtschaft, sondern auch in deren Verhältnis zur Weltwirtschaft ungleich größer als 1937. Durch die Beschlagnahme des sogenannten "deutschen Eigentums" hat die Bourgeoisie empfindliche Verluste an Kapital, Produktionsmitteln usw. erlitten. Die beinahe exterritoriale Wirtschaft der USIA-Betriebe ist eine schwärende Wunde am Leib des österreichischen Kapitalismus. Die Kapitalisten suchen sich vor weiteren Blutabzapfungen durch Verlagerung eines Teiles der Industrie nach dem Westen und teilweisen Beschränkung der Investitionstätigkeit auf diesen zu schützen. Der Prozeß der Bildung von Industriezentren in bisher stumpf dahinvegetierenden Provinzen hat schon während des Krieges aus Rüstungsgründen begonnen; er ist ein Plus für den Klassenkampf.

Ein bedeutender Teil des ost- und südosteuropäischen Marktes - der traditionelle Absatzmarkt Österreichs ist verlorengegangen. Die Schwierigkeiten, ihn durch andere Märkte zu ersetzen, sind groß. Die Steigerung der Produktivität ist hinter derjenigen der wichtigsten kapitalistischen Länder zurückgeblieben; der österreichische Kapitalismus ist darum auf dem Weltmarkt nur beschränkt konkurrenzfähig. Wo er exportiert, bleibt er Raubbau an Rohstoffen (Holz, Erz) und an der Arbeitskraft (unter den Weltmarktlöhnen liegenden Löhne). Die Außenhandelsbilanz ist stark passiv, obwohl bis jetzt mehr als 530 Millionen Dollar aus ERP-Mitteln in die Wirtschaft gepumpt worden sind.

5. Ein Teil der Industrie und die Banken wurden nach 1945 verstaatlicht. Für die Arbeiter ist die Funktion der verstaatlichten Wirtschaft innerhalb des Kapitalismus nicht leicht durchschaubar. Die SP stellt sie als eine Art von sozialistischem Sektor dar; seine Erweiterung führe zum Sozialismus. Sie ist indes vorläufig nichts anderes als Staatskapitalismus, an dem ebenfalls die Bourgeoisie profitiert. Verstaatlicht sind solche Einrichtungen, an deren niedrigen Tarifen die ganze Bourgeoisie interessiert ist (Bahn, Post), die deshalb unrentabel arbeiten und mit Steuergeldern subventioniert werden, oder Betriebe, die aus den verschiedensten Gründen der Leitung durch Einzelkapitalisten oder Kapitalistengruppen entwachsen sind (Bergbau, Hütten-, Schwerindustrie). Durch direkte Aufträge und Lieferungen an die Privatindustrie zu Preisen, an denen die Kapitalisten profitieren, oder auf dem Umweg der Versippung der Banken mit dem Staat sind sie eine Quelle kapitalistischer Bereicherung - von personellen Verbindungen zwischen den Leitungen der Staats- und Privatbetriebe ganz abgesehen.

Doch wenn die Bourgeoisie auch aus der Staatswirtschaft Profit zieht - die Verstaatlichung setzt der unmittelbaren kapitalistischen Leitung und Kontrolle der Produktion ein Ende und erleichtert dem Proletariat die Expropriation der Kapitalistenklasse. Die Bourgeoisie ist deshalb gegen die Verstaatlichung; wo sie diese akzeptieren muß, kämpft sie um einen möglichst großen Anteil an der Kontrolle über und am Profit von den verstaatlichten Betrieben - unter anderem auch auf Kosten

der SP, deren führende Schicht an der Staatswirtschaft auf Kosten der Massen mitschmarotzt.

Die Verstaatlichung der Industrie, der Banken etc. ist also auch innerhalb des kapitalistischen Staates ein Fortschritt, den wir unterstützen, wie andere Reformen. Wir wenden uns aber dagegen, daß die ehemaligen kapitalistischen Eigentümer oder ihre Strohleute weiter leitende Funktionen in den verstaatlichten Betrieben ausüben oder aber, vollkommen überflüssig geworden, durch hohe Entschädigungen, Renten u. dgl. zu Schmarotzern der Staatswirtschaft werden. Die Übergangslösungen der Arbeiterkontrolle der Produktion etc. und einer wirklichen Demokratisierung der Verwaltung müssen auch auf die verstaatlichte Wirtschaft angewendet werden.

6. Die wirtschaftliche Erholung Österreichs ist relativ und kommt nicht allen Klassen gleichmäßig zugute. Die steigende Produktivität führte zu keiner Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiterschaft in den letzten beiden Jahren. Dieses war nach dem Zusammenbruch von 1945, wo es die Hungergrenze mehrmals überschritt, bis 1949 langsam angestiegen. Seit dem dritten Lohn-Preispaakt vom Mai 1949 ist es wieder im Absinken. Doch die kapitalistischen Profite vergrößern sich; die Investitionstätigkeit hat in der Privatwirtschaft bedeutenden Umfang erreicht, der kapitalistische Luxus hat sich wesentlich gesteigert. Ein Teil des Profits wird ins Ausland abgeschoben und wertbeständig angelegt.

Die österreichischen Kapitalisten wenden zur Flottmachung der Profitwirtschaft das gleiche Mittel wie ihre Klassengenossen in anderen Ländern an: rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft. Die dosierte Inflation senkt das Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten; die Intensivierung der Arbeit senkt den Relativlohn; die Arbeitslosigkeit gestattet direkten Lohnraub und Antreiberei.

7. Nach dem Zusammenbruch von 1945 hat die erste Etappe der kapitalistischen Klassenpolitik darin bestanden, mit Hilfe der SP in vorsichtigster Weise den schwer ramponierten Machtapparat wieder halbwegs in Ordnung zu bringen. Die Auslieferung der städtischen Konsumenten, d.h. der Masse der Arbeiterschaft und der kleinen Angestellten an die Bauern hat den Kapitalisten die Gefolgschaft der letzteren und damit eine Massenbasis für ihre Klassenpolitik geschaffen. Die katholische Kirche war hierbei ein wichtiges Verbindungsglied. Gleichzeitig wurden durch die oben beschriebenen Mittel die Kosten des verlorenen Krieges und die Lasten des Wiederaufbaus der Profitwirtschaft auf die Massen abgewälzt. Die SP leistete Schützenhilfe; der Stalinismus trieb die Arbeiter immer wieder zur SP zurück; so erzielte die kapitalistische Offensive gegen die Lebenshaltung der Massen bedeutende Erfolge und ist noch immer im weiteren Ansteigen.

8. Die relative Stabilisierung ihrer Herrschaft hat es der Bourgeoisie erlaubt, vom System der bürgerlichen Einheitspartei abzugehen. Das vorläufige Ergebnis ist das neonazistische Sammelsurium des VdU, von dem starke Fäden zum rechten Flügel der ÖVP - den Gorbach, Gleißner & Co. - führen. Die Verbindung von "Antiklerikalen" und Klerikalen ist nicht verwunderlich; hinter beiden steht als Auftrag- und Geldgeber das mit dem westdeutschen versippte und vom USA-Imperialismus protegierte österreichische Monopolkapital. Dieser weitblickendste Teil der Bourgeoisie hat erkannt, daß die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft mit der ohnehin an allen Ecken und Enden gestützten bürgerlichen Demokratie auf die Dauer unvereinbar ist. Wenn auch auf längere Sicht berechnet, versucht er doch unverkennbar der Neuetafelierung der offenen Diktatur entgegenzusteuern. Seine aktuelle Politik besteht im Kampf um legale Machtpositionen (Aufstellung eines bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten), in der Kompromittierung und Abnützung der Demokratie und schließlich in der Sammlung des ehemaligen Nazianhangs um die neofaschistische Führung. Seine Pläne haben infolge des Ausganges der Präsidentenwahlen einen vorübergehenden Rückschlag erlitten. Auf-

gegeben sind sie jedoch nicht; sie liegen auf der Linie, die sich auch in Frankreich und Italien abzuzeichnen beginnt und die vom amerikanischen Imperialismus unterstützt wird. Gemessen an dieser Politik des einflußreichsten, erfahrensten, energischsten Flügels der österreichischen Bourgeoisie, der in Wahrheit deren Führung darstellt, sind darum die nach der Wahlniederlage Gleißners innerhalb der ÖVP zutagegetretenen Differenzen untergeordneter Natur.

9. Von seiten der Massen droht der Bourgeoisie keine unmittelbare Gefahr. Was sie wirklich fürchtet, ist die Einbeziehung Österreichs in das sowjetische Glacis und verbunden mit dem die Aufrichtung eines "volksdemokratischen" Regimes. Wenn sich die Bourgeoisie auch hütet, sich außenpolitisch offen dem Kreml entgegenzustellen, so ist ihre Beteiligung am Atlantikpakt, am "Europarat" und ähnlichen Institutionen doch durch ihr tatsächliches Handeln gegeben; ihre Politik ist eindeutig auf den amerikanischen Imperialismus ausgerichtet. Die SP leistet ihr hierbei treue Gefolgschaft und ist oft genug der Vorreiter der pro-amerikanischen Politik. Einzig die Stalinpartei opponiert aus begrifflichen Gründen.

Seine wirtschaftliche und politische Schwäche machen die "Selbständigkeit" des im Schnittpunkt gegensätzlicher Interessen gelegenen Österreich zu einer Fiktion, die Tendenz zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Weltmächten die Zerreißung Österreichs zu einer realen Gefahr. Eine ernste Aktion des Kreml zur Aufrichtung der Volksdemokratie wäre der ganzen Lage der Dinge nach der Auftakt zum Krieg, wenn sie nicht unmittelbar mit dem Kriegsbeginn zusammenfiel. Gegenüber der proamerikanischen Politik von Bourgeoisie und SP wie gegenüber der stalinistischen Forderung nach "Neutralität", d.h. nach einem vorläufig maskierten Anschluß an den sowjetischen Block halten wir an der Losung des sofortigen bedingungslosen Abzuges aller fremden Truppen fest. Der Kampf für diese Losung ist der einzige ernste Beitrag zur Sicherung der arbeitenden Massen Österreichs vor den Gefahren, die ihnen aus der internationalen Entwicklung drohen, ihre Verwirklichung untrennbar an die Entscheidung Krieg oder revolutionärer Aufschwung geknüpft.

II. Proletariat, SP und Stalinpartei

10. Hat sich seit 1945 die Herrschaft der Bourgeoisie gefestigt und gewinnt die kapitalistische Offensive gegen die Lebenshaltung der Massen immer mehr an Boden, so sind im wesentlichen drei Faktoren hierfür verantwortlich. Der erste heißt Besatzungsregime, der sowohl durch das Gewicht der fremden Truppen als auch durch die mögliche schlechte Variante der Teilung Österreichs und der Aufrichtung der Volksdemokratie die Entfaltung des Massenkampfes hemmt. Die beiden anderen Faktoren heißen SP und Stalinismus.

11. Obwohl die Arbeiter verschiedentlich ihre Bereitschaft zum außerparlamentarischen Kampf gegen die kapitalistische Rauboffensive gezeigt haben, ist es der SP gelungen, ihn hintanzuhalten, abzubremsen, zu sabotieren. So war es auch im Oktober 1950, als er seinen bisherigen Höhepunkt seit 1945 erreicht und die SP vorübergehend die Kontrolle über die spontan in den Kampf getretenen Arbeiter verloren hatte. Als die Stalinpartei in den Vordergrund getreten war, wollte nur mehr eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft den Kampf fortsetzen; es erwies sich, daß die Drohung der Volksdemokratie ein wichtiges Hindernis für die Entfaltung des Massenkampfes ist und der SP den willkommenen Vorwand gab, diesen abzuwürgen.

Der "Kampf" der SP beschränkt sich im wesentlichen auf das Parlament. Doch selbst hier spielt er sich nicht so wie vor 1934 offen in der parlamentarischen Arena, sondern hinter deren Kulissen in Geheim-

verhandlungen kleiner Konventikel ab; die Funktion des Parlaments ist bereit, fertig ausgehandelten Resultaten seine formelle Zustimmung zu geben. Der wirkliche Klassenkampf findet deshalb in der Tätigkeit des Parlaments nur eine höchst verzerrte Widerspiegelung; immerhin ist auch diese lehrreich und zeigt, wie der Wind weht. 1945 wurde eine Reihe von sozialpolitischen Gesetzen wiederhergestellt; nach den Wahlen von 1949 kam keines mehr hinzu. Die ÖVP war zu weiteren Konzessionen nicht mehr bereit. Im Gegenteil, eine Reihe neuer Gesetze entsprechen ausschließlich den Interessen der Kapitalisten (Lockerung der Einschränkungen beim Außenhandel, Devisenbestimmungen, Bewirtschaftungen, Preisregelung usw.). Und die ÖVP meldet immer neue Forderungen an (Schillingeröffnungsbilanzgesetz, Konkordat, Abschaffung des Mieterschutzes). Die Kartelle spielen bei der Preisoffensive gegen die Massen eine wichtige Rolle. Über das von der SP vorgeschlagene zahme Anti-Kartellgesetz wurde lange ergebnislos verhandelt, bis es endlich in einer den Kartellen vollkommen ungefährlichen Form vom Nationalrat beschlossen wurde. Nur die sogenannten Wirtschaftslenkungsgesetze konnte die SP noch im Frühjahr 1950 trotz eines gewissen Widerstandes der ÖVP durchbringen. Allein es handelt sich um Reformen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, wie sie in entscheidenden kapitalistischen Ländern, vor allem in den USA selbst, schon längst bestehen; mit sozialistischer Wirtschaftslenkung haben sie nichts zu tun.

12. Die SP hat sich in den letzten Jahren in doppelter Hinsicht als Lakai der Bourgeoisie bewährt. Sie war nicht nur die verlässlichste Bremse der Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes, sie hat der Bourgeoisie auch die Hauptlast des Kampfes gegen die volksdemokratische Gefahr abgenommen. Sie ist nicht nur eine reformistische Partei, die im wesentlichen von den Reformen der Jahre 1918/20 zehrt, sie ist - wie sie nun stolz von sich selbst sagt - eine "staatserbaltende" Partei geworden. War schon vor 1934 ihre Praxis den Forderungen des Marxismus entgegengesetzt, so hat sie nunmehr restlos auch auf die austromarxistische Phraseologie verzichtet. Ihre Ideologie wird immer mehr die einer bürgerlichen Reformpartei. Außenpolitisch bewegt sie sich zu 100% auf der Linie der "demokratischen" Imperialisten; die "unabhängige" Dritte Kraft des "demokratischen Sozialismus" ist in die Versenkung gefallen. Ihre Sorge ist, dem USA-Imperialismus zu beweisen, daß sie besser, verlässlicher, unentbehrlicher für ihn ist als sogar die ÖVP oder der VdU.

13. Im Oktober 1950 ist die SP nicht davor zurückgeschreckt, terroristische Mittel gegen streikende Arbeiter anzuwenden. Doch sogar dort, wo es um die Verteidigung ureigener bürokratischer Positionen geht, verzichtet sie auf den außerparlamentarischen Kampf. Der Wahlkampf gegen Gleißner wurde der SP von der ÖVP aufgezwungen; die Schärf, Helmer & Co. waren ursprünglich bereit, einen "überparteilichen" bürgerlichen Kandidaten a la Hainisch zu akzeptieren. Der günstige Wahlausgang hat auf die Massen belebend gewirkt; er hat überdies gezeigt, daß der VdU-Anhang noch sehr ungefestigt und schwankend ist und zusammen mit von der kapitalistenfreundlichen Politik der ÖVP abgestoßenen Teilen des Kleinbürgertums gewonnen werden kann. Voraussetzung ist allerdings eine Politik, die konsequent die Masseninteressen vertritt. Davon war auch nach den Wahlen keine Rede. Der SP-Führung genügt es, daß sie ihr Wahlsieg davor bewahrt hatte, innerhalb der Koalitionsregierung Positionen an die ÖVP zu verlieren. Unmittelbar nach den Wahlen trat sie in geheime Verhandlungen über einen Lohn-Preispaakt Nr. 5 ein. Eine solche Politik muß die Massen immer mehr enttäuschen, deren Gefolgschaft sie nach 1945 ohnehin nicht ihrer aktuellen Politik, sondern dem Andenken an ihre Tradition verdankt. Daß dies noch eine Weile weitergehen kann, dafür sorgt die stalinistische Politik, die die Arbeiter in der doppelten Auflage der KPÖ und der sowjetischen Besatzungsmethoden, kennengelernt haben. Aber es geht nicht ewig so weiter. Der größere Teil der Massen wird auf die Dauer der Lethargie, die sich bereits heute bemerkbar macht, zum

Opfer fallen; ein kleiner aktiver Teil wird alle Bedenken, die ihn heute noch vor dem Übergang zum Stalinismus abhalten, zurückstellen, wenn sich die objektiven Bedingungen des Klassenkampfes in Österreich - vor allem von der internationalen Arena aus - nicht grundlegend ändern.

14. Der Verrat der SP an der Arbeiterklasse führt zur Entstehung von oppositionellen Tendenzen innerhalb dieser Partei. Die Scharf-Opposition, deren Einschätzung auf unserer 2. Konferenz noch eine gewisse Rolle spielte, hat durch ihren Übergang auf die Linie der Stalinpartei und ihre Abhängigkeit vom Kreml jeden Kredit innerhalb der SP-Arbeiterschaft verloren. Sie ist als SAP zu einer Gruppe ohne Bedeutung geworden. Die wichtigste oppositionelle Strömung in der SP ist die innerhalb der Betriebsarbeiterschaft; allerdings ist sie zugleich die unorganisierteste. Sie trat besonders in der Provinz in den Oktobertagen stark in den Vordergrund. Die oppositionelle Haltung der Betriebsarbeiter ist die Ursache dafür, daß eine Reihe von Gewerkschaftsbürokraten (Mantler, Hillegeist) in Opposition zum Parteivorstand stehen, denn sie spüren den Druck aus den Betrieben viel unmittelbarer als die Spitzen der Partei. Die Opposition vieler Arbeiter gegen den Parteivorstand ist auch dadurch begründet, daß ihnen in den verstaatlichten Betrieben und im öffentlichen Dienst oft SP-Bürokraten in der Funktion von Unternehmervertretern gegenüberreten.

Weiters gibt es eine wichtige Opposition in der SJ. Sie ist organisiert und hat eine teilweise feste und entschlossene Führung, wenn auch ein zentristisches Programm. Sie ist für die Politisierung der Jugend, für verstärkten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen die Koalitions-gesinnung (die Koalitionspolitik lehnen sie grundsätzlich nicht ab) und für eine vom amerikanischen Imperialismus unabhängige Politik, für die Unterstützung der kolonialrevolutionären Bewegung in Asien. Im Bezug auf die SU und die Stalinpartei nehmen sie eine ultralinke Haltung ein. Diese Linie wird nur von wenigen konsequent vertreten, aber diese wenigen sind aktiv; hinter ihnen steht ein großer Teil der ehrlichen und kampf-gewillten, aber auch jungen und unerfahrenen Mitglieder der SJ. Wichtig ist, daß die Gesamtbewegung der SJ in der Provinz stagniert und in Wien stark zurückgeht.

Die Opposition innerhalb der sozialistischen Studenten, der wir auf der 2. Konferenz noch einige Aufmerksamkeit schenkten, ist bedeutungslos geworden, sie hat keine einzige ernste Tat gesetzt.

Eine gewisse Rolle spielt Hindels innerhalb der oppositionellen Strömung in der SP. Er war "Führer" und "Theoretiker" der Opposition in der SJ und versucht jetzt innerhalb der Partei mit seinen Auffassungen Fuß zu fassen. Sein erster Schritt in diese Richtung war die Abfassung eines 7-Punkte-Programms, das er als Diskussionsgrundlage in der SP verbreiten ließ. In ihm vertritt er in abgeschwächter Form die Auffassungen seiner Freunde in der SJ. Die Opposition der Hindels-Gruppe hat außerhalb der SJ noch keine größere Bedeutung erlangt, da sie über platoni-sche Diskussionen vorläufig nicht hinauskommt und innerhalb der Betriebsarbeiterschaft nicht Fuß faßt.

15. Die Stalinpartei stagniert. Sie hat bei den Nationalratswahlen 1945, 1949 und bei den Präsidentschaftswahlen 1951 den gleichen Prozentsatz an Stimmen auf sich vereinigt (etwas über 5%). Seit Jahren tritt sie als Oppositionspartei auf, trotzdem gelingt es ihr nicht, ihren Masseneinfluß zu verstärken, dazu sind die Erfahrungen mit der Wirklichkeit des Stalinismus (Besatzung, Volksdemokratie) für die österreichischen Massen zu unmittelbar. Alle Tarnungsversuche (als die besten "Patrioten", die besten "Österreicher", als "Friedensfreunde", als "Freunde des Volkes" usw.) halfen den Koplénig, Fürnberg und Co. nicht, daß sie als Agenten des Kremls erkannt wurden. Gleich der SP ist auch sie ein Hindernis für die Entfaltung des einheitlichen Kampfes der Arbeiter. Sogar bei den spontanen Aktionen anläßlich des vierten Lohn-Preispaktes, bei denen sich eine einheitliche Kampffront von unten zu bilden begonnen hatte, zerfiel diese sofort wieder, als die Stalinpartei in den Vorder-

grund getreten war; am letzten Streiktag streikten nur die USIA-Betriebe. Die stalinistische Politik macht der SP die Mauer.

Stagnation und Niederlagen führen auch in der Stalinpartei zu Unzufriedenheit innerhalb der Mitgliedschaft. Anlässlich der gesetzwidrigen Entlassung eines Betriebsrates in dem USIA-Betrieb Teudloff-Vamag opponierten viele stalinistische Betriebsräte gegen die Haltung des ZK, das sich sklavisch zum Verteidiger der USIA-Verwaltung aufgeworfen hatte. Bei der Stichwahl für die Bundespräsidentschaft hat ein Teil der stalinistischen Mitgliedschaft - Opfer der Politik ihrer eigenen Partei, die keinen Unterschied zwischen SP, ÖVP und Faschisten macht - der Partei- losung, für den SP-Kandidaten zu stimmen, nicht Folge geleistet. Ausser im slowenischen Teil Kärntens und bis auf einen bisher schwer durchschau- baren Wechsel in Landesleitungen der Stalinpartei ist es zu keiner tito- istischen Abspaltung gekommen. Die Aussichten auf die Bildung einer ern- sten Arbeiteropposition sind in der österreichischen Stalinpartei gering. Ungestraft unterwirft sich kein Arbeiter sechs Jahre lang dem demoralisierenden Einfluß dieser Partei.

III. Unsere Aufgaben

16. Das in den vorhergehenden Punkten Gesagte bestimmt unsere Auf- gaben. Die auf der II. Konferenz entwickelte Perspektive (Ende der Be- setzung, Krieg auf lange Sicht unwahrscheinlich, allmähliche Erholung der Massen von ihren schweren Niederlagen und damit verbundene Desillu- sionierung über SP und Stalinpolitik) sind zum großen Teil nicht einge- troffen. Das Ende der Besetzung ist nicht abzusehen. Die Kriegsgefahr ist größer geworden. Die Massen haben sich noch nicht erholt und sind in der Defensive. Die Stagnation unserer Organisation ist in diesen ob- jektiven Bedingungen begründet. Die Abspaltung einiger ungeduldiger, undisziplinierter Mitglieder von unserer Organisation wurzelt in densel- ben Gründen.

An unserer strategischen Hauptaufgabe, der Herausbildung der prole- tarischen Klassenpartei hat sich nichts geändert. Unsere unter dem Titel "Eine notwendige Zwischenbilanz" niedergelegte Konzeption wird uns wei- ter als allgemeine Richtschnur dienen. Sind die objektiven Bedingungen das wichtigste Hindernis für merkbare Erfolge unserer Arbeit, so gibt es doch noch ein weiteres: Den Mangel an führenden Kaderelementen. Um unsere Qualität zu verbessern, gibt es keine anderen Mitteln als syste- matische und methodische Schulungstätigkeit durch die Organisation, dauernde Selbstschulung unserer Genossen verbunden mit aktiver, prakti- scher politischer Arbeit.

17. Der günstigste Boden für unsere Tätigkeit ist innerhalb der SP. Auf Grund unserer Erfahrungen in den letzten Jahren ist es nun möglich, uns für diese Arbeit viel konkretere Aufgaben zu stellen, als auf der II. Konferenz. Das ist ein Fortschritt. Das Ziel unserer Fraktionsar- beit in der SP ist die Herausbildung eines linken Flügels. Die Linie dieser Arbeit ist die in der Aktion "Y" verfolgte: Die wichtigsten ak- tuellen Fragen (z.B. Lohn-Preispakte, Wahlen, wichtige Konferenzen, Parteitage usw.) müssen zum Anlaß genommen werden, um im Kreis von kri- tischen, bewußten Mitgliedern der SP aufzutreten. Unsere Kritik soll positiv sein; wir müssen verstehen, dem von uns abgelehnten Standpunkt einen für die SP-Arbeiter verständlichen Ausweg gegenüberzustellen - der Koalitionspolitik den konsequenten Klassenkampf; der "Machtpolitik der SP-Bürokratie im Parlament und in den Ministerien die wirkliche Macht der Arbeiterklasse usw. Wir werden uns in der kommenden Etappe auf eine wichtige Frage konzentrieren: auf die Koalitionspolitik. Wir wer- den an Hand dieser Frage den besten Elementen innerhalb der SP helfen, aus dem Verrat ihrer Führung eine realistische Konsequenz zu ziehen.

18. Die Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften bleibt wichtig. Wo es möglich ist, diese Arbeit innerhalb der SP-Fraktion der

Gewerkschaften zu leisten, ist dies der günstigste Punkt, da wir hier mit dem wichtigsten Teil der SP-Opposition, der Opposition in den Betrieben, in unmittelbarem Kontakt kommen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Arbeit in den Betrieben die schwierigste ist, da es hier nicht auf oppositionelles Reden und Diskutieren, sondern auf konsequentes Handeln ankommt. Der Klassenkampf wird in den Betrieben unmittelbar geführt; hier prallen die Klassengegensätze, aber auch die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung am schärfsten aufeinander. Die im Oktober 1950 gemachten Erfahrungen müssen wir auswerten. Nicht jede vom Stalinismus geführte Bewegung werden wir unterstützen, sondern nur solche, in denen es wirklich um Arbeiterinteressen und nicht um die Etablierung der Volksdemokratie geht. Selbstverständlich verbinden wir mit der Kritik unsere Propaganda für die Übergangslösungen. Unser Verhalten müssen wir unserer Umgebung in den Betrieben und in den Gewerkschaften anpassen; unsere Linie ist die konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen, verbunden mit Übergangsforderungen. Auch in den Betrieben werden wir kritische Arbeiter um uns sammeln, erziehen und die besten mit individueller Propaganda bearbeiten. Die Aktion "Y" wird die Arbeit in den Betrieben berücksichtigen.

19. Die Basis unserer Tätigkeit ist das Programm der IV. Internationale. Niemals dürfen wir den untrennbaren Zusammenhang zwischen unseren nationalen Aufgaben und der Entwicklung der internationalen Revolution vergessen. Der Weg der Revolution ist kompliziert, es gab und gibt Rückschläge. Mehr denn je braucht die revolutionäre Führung Geduld und Ausdauer. Allen Rückschlägen zum Trotz wissen wir, daß gewaltige, objektive Kräfte am Werk sind, den verfaulenden Weltkapitalismus zu erschüttern. In diesem Wissen wurzelt unser revolutionärer Optimismus, in der optimalen Ausnutzung unserer geringen Kraft besteht unser Beitrag für den Sieg unserer Sache.

Anfang Juli 1951

DIE JUGOSLAWISCHE REVOLUTION UND DIE

IV. INTERNATIONALE

1. Die III. Konferenz der IKÖ stellt fest, daß sie in den wichtigsten Fragen mit der Resolution "Die jugoslawische Revolution und die IV. Internationale" des 9. Plenums einverstanden ist. Aber sie erachtet es dennoch als notwendig, den in dieser Resolution vertretenen Auffassungen in der Frage der Einschätzung und der Charakteristik der jugoslawischen KP und der Titobürokratie ihre Auffassung gegenüberzustellen.

2. Die Erfahrung zeigt, daß unter bestimmten Bedingungen die politische und ökonomische Macht der Bourgeoisie auch durch andere Methoden als die des revolutionären Massenkampfes, allein ohne Führung der Massen durch eine proletarisch-revolutionäre Partei gebrochen werden kann. Der militärische und politische Zusammenbruch der eigenen Bourgeoisie und der imperialistischen Besatzungsmacht, das Vorhandensein einer breiten, kampfwilligen Massenbewegung, in der die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielte, die Existenz der SU als bedeutendster antiimperialistischer Machtfaktor, das Fehlen der unmittelbaren Kontrolle des Kremls über die jugoslawische Partisanenbewegung und

deren Führung, der jugoslawischen KP, alle diese Bedingungen zusammen ermöglichten den Sieg der jugoslawischen Revolution über die jugoslawische Bourgeoisie. Unter dem Druck der revolutionären Massenbewegung beseitigte die KP Jugoslawiens den kapitalistischen Staat und errichtete in mehreren Etappen einen bürokratisch beherrschten, deformierten Arbeiterstaat. Aber dieselben Bedingungen (zu denen auch der ungebrochene Einfluß von SP- und Stalinbürokratie auf die Arbeiterbewegung in den entscheidendsten Ländern und das Fehlen einer revolutionären Klassenpartei gehört, wodurch sich die katastrophale Lage des Weltimperialismus nicht in einer entscheidenden Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses auswirkt), die die Entwicklung der Revolution in einem verhältnismäßig zurückgebliebenen und unbedeutenden Land ermöglichte, führten auch zu deren Deformierung durch die Titobürokratie. Der Arbeiterstaat in Jugoslawien ist, ähnlich wie die SU, sehr weit von der marxistisch-leninistischen Konzeption eines solchen entfernt. Die "proletarische Demokratie", das "Mitbestimmungsrecht der Massen" existieren nur auf dem Papier oder werden von der herrschenden Bürokratie nur im beschränkten Maße gewährt, nicht um die Massen für die Ausübung der Macht zu erziehen, sondern um sie zu beruhigen. Ähnlich wie in der SU usurpierte eine privilegierte unabsetzbare Schichte, die Bürokratie, die Macht von den Massen.

3. Die Rolle und die Entwicklung der KPJ, bzw. deren Führung wird in der Resolution des 9. Plenums vielfach falsch dargestellt. Die Feststellung (2 c): "Der Bruch zwischen dem Kreml und der KPJ war der Ausdruck der Weigerung der KPJ, die Interessen der jugoslawischen Revolution denjenigen der sowjetischen Bürokratie unterzuordnen und eröffnete den Weg zum Kampf gegen die bürokratischen Deformierungen" kann zu der Ansicht führen, daß die Interessen der jugoslawischen Revolution und der KPJ, die unter der Führung der Titobürokratie steht, identisch sind. Die Interessen der jugoslawischen Revolution lagen und liegen den Tito & Co. nur insofern am Herzen, solange sie mit ihren jugoslawisch-nationalen, bürokratischen Interessen gleichliefen und gleichlaufen. Der Charakter der KPJ und ihrer Führung muß daher genauer definiert werden als dies die Resolution tut. Es genügt nicht, festzustellen, daß die KPJ seit 1948 aufhört, eine "stalinistische Partei im vollen Sinne des Wortes zu sein". Der "prinzipienlose Charakter der Politik" und "die 'Unterschätzung der internationalen Arbeiterbewegung'" durch den Titoismus sind eben der Ausdruck anderer Interessen als der der jugoslawischen Revolution. Sie sind der Ausdruck klassenfremder, bürokratischer, jugoslawisch-nationaler Interessen, die der Weltrevolution und damit letzten Endes auch der jugoslawischen Revolution feindlich gegenüberstehen.

4. Die Titobürokratie charakterisiert sich am besten selbst durch ihre Politik. Am Beginn der jugoslawischen Revolution (1942) hatte die KP Jugoslawiens eine rein stalinistische Konzeption. Sie war, wie alle Stalinparteien in dem vom deutschen Imperialismus besetzten Ländern für "die Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kräften", also auch für die Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Bourgeoisie und ihrem König. Mit dieser Politik geriet sie in Widerspruch mit ihrem eigenen Massenanhang innerhalb der Partisanenbewegung, der von einer Zusammenarbeit mit den Ausbeutern von gestern nichts wissen wollte und mußte nun die Führung der KPJ ihre Politik ändern und die praktisch bereits existierende Doppelherrschaft ausbauen, sich immer mehr auf die Partisanenkomitees stützen. Dies brachte sie aber auch in Widerspruch mit dem Kreml, der durch die Ereignisse in Jugoslawien fürchtete, seine imperialistischen Bündnispartner zu verstimmen. Am Ende des Krieges sahen die jugoslawischen Massen auf Grund ihrer Erfahrungen die einmarschierenden russischen Truppen nicht als ihre Befreier, sondern höchstens als recht unzuverlässige Verbündete an. Die Führung der KPJ errichtete nun unter dem Einfluß des Kremls und der Imperialisten eine

provisorische Zentralregierung, an der wieder kapitalistische Minister teilnahmen. Tito versuchte auch den alten kapitalistischen Staatsapparat wieder aufzurichten. Aber die Forderungen des Kremls zur vollständigen Unterwerfung der KPJ unter die Politik des Kremls, wozu auch die wirtschaftliche Ausplünderung Jugoslawiens gehörte, zwang ihn wieder, sich auf die Massen zu stützen, diese jetzt sogar gegen den Kreml zu mobilisieren. Die Tito & Co. hatten in dieser Lage keine andere Wahl: entweder Unterwerfung unter den Kreml, wobei es sehr fraglich war, ob sie noch einmal in Gnade aufgenommen werden würde, oder mit den jugoslawischen Massen gegen den Kreml. Um sich in diesem ungleichen Kampf nur einigermaßen behaupten zu können, mußte die Titobürokratie ihre eigene Macht konsolidieren. Die entscheidendsten Errungenschaften der jugoslawischen Revolution (Nationalisierung der Industrie, Agrarreform usw.) wurden legalisiert und allmählich die letzten Positionen der Kapitalisten in der Hauptsache auf bürokratischem Wege beseitigt. Jugoslawien wurde zum Arbeiterstaat, die Titobürokratie zu seinem Beherrscher.

Als es 1948 zum vollständigen Bruch mit dem Kreml kam, war die Titobürokratie gezwungen, sich wieder mehr auf die ihr folgenden Massen zu stützen. Gleichzeitig brauchte sie die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse. Sie verfolgte jetzt einen mehr oder weniger linken Kurs. Das ging so weit, daß sie sogar ihre eigene stalinistische Vergangenheit zu kritisieren begann. Aber auch diese Politik verfolgte sie auf ihrer nationalkommunistischen Grundlinie. Die internationale Revolution blieb für die Titobürokraten ein zu großes Risiko. Und als 1949 und 1950 die Kolonialrevolution in Asien Fortschritte machte, begrüßte die Führung der jugoslawischen KP diese nicht als ihre Verbündeten, sondern blieb "neutral". Bei Ausbruch des Koreakrieges wurde die Außenpolitik und die Gesamtpolitik der Titoisten immer rechter. Und heute steht Jugoslawien und die KPJ bereits im Lager der "Demokratie", d.h. im Lager der Imperialisten, die KPJ ist zu einem linken Anhängsel der SP geworden.

5. Die ganze Entwicklung der Titoisten war rein empirisch. Sie hatte niemals eine leninistische, eine revolutionäre Konzeption. Fortschritte machten sie nur unter dem unmittelbaren Druck der Massen. Sie waren aber sofort wieder bereit, alle gewonnenen theoretischen Erkenntnisse, die sie zum großen Teil von Trotzki bezogen, ohne sich jemals auf ihn zu berufen, über Bord zu werfen, wenn es ihre nationalbürokratischen Interessen erforderten.

Die wesentlichsten und charakteristischsten Merkmale des Titoismus sind daher:

- a) Er ist der politische Ausdruck einer verbürokratisierten Schichte, die in einer unter besonderen Bedingungen siegreich gebliebenen Revolution in einem zurückgebliebenen Lande wurzelt;
- b) seine Grundlinie ist der jugoslawische Nationalkommunismus;
- c) er beherrscht die KPJ und den jugoslawischen Arbeiterstaat;
- d) er beutet die Errungenschaften der jugoslawischen Revolution für seine bürokratischen Interessen aus;
- e) er isoliert die jugoslawische Revolution von der Weltrevolution, und ist dadurch zu einem Hindernis für deren Weiterentwicklung geworden;
- f) er steht der Weltarbeiterklasse und der Weltrevolution feindlich gegenüber.

6. Die in der Resolution des 9. Plenums (Punkt 7) in Bezug auf die jugoslawische Revolution gestellten Aufgaben sind im allgemeinen richtig. Aber auch hier spielt die falsche Einschätzung des Charakters der KPJ-Führung eine wichtige Rolle. Wenn die Titobürokratie eine verbürokratisierte Schichte, die die KPJ beherrscht und die die politische Macht von den Massen usurpiert, ist, so ergeben sich daraus bestimmte Aufgaben. Die IV. Internationale darf niemals die Rolle der Titobürokratie gegenüber den Massen verschweigen, genau so wenig wie

sie die Rolle Mao Tse Tungs gegenüber den chinesischen Massen vor der Weltarbeiterklasse verschweigen darf. Die IV. Internationale darf innerhalb der Arbeiterklasse keinen Augenblick die Illusion verbreiten, daß es sich bei Tito und seiner Clique um Leute handelt, die, wenn sie noch einige Erfahrungen sammeln werden, sich zu proletarischen Revolutionären, zu Trotzlisten entwickeln werden.

Es gehört daher auch zu den Aufgaben der IV. Internationale, den jugoslawischen Massen zu helfen, sich von der titoistischen Bevormundung zu befreien, anstelle der Titodiktatur die proletarische Demokratie zu errichten. Und diese Aufgabe muß einer eventuell möglichen Zusammenarbeit mit der KPJ übergeordnet werden. Der IV. Internationale darf es nicht um die Sympathien der Titobürokratie, sondern um die Sympathien der jugoslawischen Massen gehen.

Bei der Stellung von Aufgaben ist es auch wichtig, die verhältnismäßig geringe Kraft unserer Sektionen zu berücksichtigen. Die Aufgaben, die sich aus der Notwendigkeit der Unterstützung der jugoslawischen Revolution ergeben, können nur im Rahmen der den einzelnen Sektionen gestellten strategischen Hauptaufgabe, (Aufbau der Klassenpartei) gelöst werden. Es ist möglich, daß der Weg zur Klassenpartei in einzelnen Ländern über den Umweg von mit titoistischen Illusionen infizierten zentristischen Gruppierungen führt. In diesem Falle ist es erst recht notwendig, daß unsere Genossen eindeutig feststellen, daß die Verteidigung der jugoslawischen Revolution noch lange nicht das Einverständnis mit den Methoden und der Politik der Titobürokratie bedeuten. In Österreich z.B., wo unsere Sektion sich in der Illegalität befindet und die wichtigste Arbeit im Rahmen der SP und der Gewerkschaften geleistet werden muß, können konkrete Aufgaben in Bezug auf Jugoslawien, z.B. Aktionen, nur insoweit gestellt werden, als dies im Rahmen dieser Arbeit möglich ist und nicht zur Isolierung von der SP- und Betriebsarbeiterschaft führt. Die IKÖ wird sich daher in erster Linie auf die propagandistische Aufklärung über die jugoslawische Revolution in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter beschränken müssen.

Resolution zu den

"THESEN ÜBER DIE INTERNATIONALEN PERSPEKTIVEN
=====

UND DEN KURS DER BEWEGUNG DER IV. INTERNATIONALE"
=====

Die III. Konferenz der IKÖ stimmt den "Thesen über die internationalen Perspektiven und den Kurs der Bewegung der IV. Internationale" mit einigen Einschränkungen zu.

Der Punkt XXIII der Thesen des letzten Plenums stellt für die Steigerung des Einflusses der IV. Internationale innerhalb der Arbeiterbewegung ein allgemeines Rezept auf. Dort, wo der Einfluß der SP überwiegt, "muß sich unsere Bewegung anstrengen, in diese Organisationen einzudringen, um dort einen bewußten linken Flügel zu organisieren und zu entwickeln", dort, "wo die Mehrheit der Arbeiterklasse noch den kommunistischen Parteien folgt, müssen sich unsere notwendigerweise unabhängigen Organisationen einer systematischen Arbeit in Richtung auf die Basis dieser Parteien und die Massen, welche diese beeinflussen, zuwenden". Abgesehen davon, daß diese Linie für die Aufgaben der einzelnen Sektionen der IV. Internationale zu allgemein ist, ist sie auch opportunistisch, denn sie beinhaltet im ersteren Falle die Preisgabe

der unabhängigen Organisation und des Programms. Wenn dies auch nicht offen ausgesprochen wird, so beweisen es die sogenannten "Totaleintritte" in den verschiedenen Ländern (England, Indien, Belgien). Die IKÖ stehen in dieser Frage auf dem Standpunkt, den sie in ihrer "Zwischenbilanz" im Februar 1950 festgelegt haben. Die Arbeit in opportunistischen Parteien und in den Gewerkschaften ist notwendig. Unsere Sektionen müssen diese Arbeit mit der Notwendigkeit der Auslese und Schulung eigener Kader verbinden und sie dieser unterordnen.

Soweit es sich um Stalinparteien in den Ländern des Glacis handelt, ist für unsere Genossen größte Vorsicht am Platze. Die Arbeit muß sich hier auf streng illegale Zirkel beschränken. Solange sich die Bedingungen nicht grundlegend ändern, ist jeder Versuch, den "Anschluß an die Massen" zu gewinnen, mit physischer Ausrottung gleichbedeutend. Anders liegen die Dinge in Ländern, wo die Stalinpartei aktiv revolutionäre Massenbewegungen führen (China, Indochina usw.). Hier müssen unsere Kader an der Massenbewegung teilnehmen. Inwieweit sie die Möglichkeit haben, offen unser Programm zu vertreten, kann nur im konkreten Fall entschieden werden. Auch hier ist die Aufrechterhaltung der unabhängigen Organisation (wenn auch unter Umständen illegal) notwendig.

Die Thesen des 9. Plenums empfehlen den Sektionen dieser Länder die Beziehung einer Position, die auf eine Linksopposition der Stalinpartei hinausläuft. Es besteht die Gefahr, daß jene Politik fortgesetzt wird, die die IV. Internationale vorübergehend zu einem politischen Anhängsel des Titoismus herabgedrückt hat. Es ist vorauszu- sehen, daß in den in revolutionärer Entwicklung begriffenen Ländern ernste Linksoppositionen innerhalb der Stalinparteien entstehen werden. Unsere Genossen werden innerhalb derselben arbeiten und versuchen müssen, sie unserer Bewegung zuzuführen. Niemals jedoch können sie dies, wenn sie zu einer Linksopposition der Stalinparteien herabsinken. "Totaleintritte" mit halbstalinistischen Vorzeichen können für unsere Bewegung zu einer ungleich größeren Gefahr werden als die "Totaleintritte" in die SP. Ungeduld wird hier ebenso schaden wie borniertes Sektiererertum, das mit einer von Stalinisten oder Reformisten geführten Bewegung überhaupt nichts zu tun haben will.

DIE IKÖ UND DIE "OPPOSITION"

=====

1. Die III. Konferenz der IKÖ nimmt den Bericht der I. über die Beziehungen zur "Opposition" zustimmend zur Kenntnis. Sie ist der Ansicht, daß die Genossen der "Opposition" einen wichtigen Schritt nach vorwärts gemacht haben, wenn sie sich auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen von K. und L. trennten oder sich zu trennen im Begriffe sind. Es würde aber nur einen halben Schritt nach vorwärts bedeuten, wenn sie aus ihrer Trennung von K. und L. nicht auch den Schluß ziehen, daß der Ausschluß von K. und L., deren Disziplinlosigkeit und Illoyalität sie jetzt selber erfahren haben, bereits im November 1949 berechtigt war. Die IKÖ erwarten in dieser entscheidenden Frage eine offene Korrektur von der "Opposition".

2. Wenn diese notwendige Korrektur durchgeführt ist, dann sehen die IKÖ kein Hindernis, über die sie von der "Opposition" trennenden politischen Fragen mit Einschluß der seit der Spaltung gemachten Erfahrungen zu diskutieren. Die IKÖ haben ihre Ansichten über die Frage des "Weges zur Klassenpartei" in ihrer "Zwischenbilanz" niedergelegt und auf dieser Konferenz eine Resolution beschlossen, in der ihre

Einschätzung der Lage und der Aufgaben niedergelegt sind. Sie sind daher der Ansicht, daß eine ähnliche Festlegung von Seiten der "Opposition" erfolgen muß, um feststellen zu können, in welchen wichtigen Fragen Differenzen bestehen. Erst dann wird eine eventuelle Diskussion möglich sein.

3. Die III. Konferenz ist weiters der Ansicht, daß die bisher geübte Form der Zusammenarbeit in technischen Fragen, in Fragen der Konspiration und in der Fraktionsarbeit aufrechterhalten wird. Um diese auf bestimmte Gebiete beschränkte Zusammenarbeit reibungslos durchführen zu können, ist es notwendig, daß sich die "Opposition" an die Abmachungen des 8. Plenums (April 1950) strikter als bisher hält.

4. Die IKÖ sind nicht grundsätzlich gegen eine Wiederaufnahme der Genossen der "Opposition" in die Organisation. Eine unabdingbare Voraussetzung, über die sie nicht diskutieren, ist die im 1. Punkt erwähnte Korrektur in der Disziplinfrage. Aber selbst dann, wenn diese Korrektur erfolgt, wird der Wiedereintritt in die IKÖ zu keinem rein organisatorischen sondern zu einem politischen Problem. Eine Einigung über die entscheidendsten Fragen der Perspektive und über die Praxis in der nächsten Etappe ist ebenso unabdingbar für einen Wiedereintritt der Genossen der "Opposition" wie die Disziplinfrage. Jede Anwendung der vom IS und von der Internationale geübten "Einigungspraxis", die von den IKÖ nach wie vor abgelehnt wird, kommt nicht in Frage. Den IKÖ ist jeder politische Rat und jede politische Unterstützung durch die Internationale willkommen, aber sie sind der Ansicht, daß ein Wiedereintritt der Genossen der Opposition in die Organisation keinesfalls durch einen Beschluß eines Organs der Internationale (WK, IEK, IS) herbeigeführt werden kann, zu einer Frage der internationalen Disziplin gemacht werden darf. Ein solcher Beschluß würde der Entwicklung unserer Bewegung in Österreich nur schwersten Schaden zufügen. Der Wiedereintritt der Genossen der "Opposition" wird ein Prozeß sein, dessen Entwicklung geduldig abgewartet werden muß. Es liegt an der "Opposition", ihn zu beschleunigen, indem sie ihre fällige Korrektur vornimmt.

Anfang Juli 1951
